



Gemeinsame Pressekonferenz mit dem  
NRW Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Statement Dr. Markus Krebber  
Düsseldorf, 9. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Minister Pinkwart,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Energiewende ist nichts weniger als eine technologische  
Zeitenwende. Deutschland befindet sich mittendrin. Jetzt entscheidet  
sich, ob das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu sein, erreicht werden kann.  
Und zwar so, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung erhalten bleiben.

Nordrhein-Westfalen als industrielles Kernland steht dabei vor einer  
Herkulesaufgabe, die zugleich gerade wegen der industriellen Stärke  
und guten Infrastruktur unserer Region viele Chancen bietet.

Eine bezahlbare und grüne Stromversorgung ist eine  
Grundvoraussetzung für die Industrie, um auch künftig  
wettbewerbsfähig produzieren zu können. Und mindestens ebenso  
wichtig: Grüne Energie und neue Technologien entscheiden auch  
darüber, wo der nächste Investitionszyklus der Industrie stattfindet und  
damit über den Ort von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Viele Unternehmen, die heute Ihren Sitz in NRW haben, haben sich  
damals gerade wegen der Kohle, die günstige Energie versprach, hier  
angesiedelt. Damit verbunden hat sich NRW zu einem Industrieland mit  
hervorragender Infrastruktur entwickelt.



Diesen Standortvorteil sollte man erhalten. Die Unternehmen sind hier und sie sollen hier bleiben. Das gilt auch in einer zukünftig grünen Energiewelt.

Diesen Transformationsprozess will RWE aktiv mitgestalten. Als Schrittmacher der grünen Energiewelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Herbst letzten Jahres haben wir unsere globale Innovations- und Wachstumsstrategie „Growing Green“ vorgestellt: 50 Milliarden Euro brutto für unser grünes Kerngeschäft. Bis 2030 werden wir unsere Kapazität bei Offshore- und Onshore-Windkraft, Solar, Speichern, flexiblen Backup-Kapazitäten und Wasserstoff auf 50 Gigawatt gegenüber heute verdoppeln.

Im Dezember haben wir unsere Initiative ‚Rückenwind für Deutschland‘ gestartet. In unserem Heimatland sehen wir enormes Wachstumspotenzial und wollen bis zu 15 Milliarden Euro brutto bis 2030 investieren. und damit zur Beschleunigung der Energiewende beitragen.

Jetzt wollen wir zeigen, was wir im Rahmen von Growing Green in der Region an Rhein und Ruhr vorhaben. Für die Region, der wir seit beinahe 125 Jahren eng verbunden sind, wollen wir in den kommenden 8 Jahren rund 4 Milliarden Euro brutto investieren.

Wie setzt sich unser Plan zusammen?

Erstens: Um den benötigten Zubau Erneuerbarer Energien zu unterstützen, will RWE im Zeitraum bis 2030 insgesamt 1 Gigawatt an Erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen errichten. Mindestens die Hälfte davon soll im Rheinischen Revier entstehen.



Insgesamt planen wir mit 600 Megawatt Windkraft-Kapazität. Vereinfacht gesagt, sind das 100 neue Windräder. Hinzu kommen sollen Solaranlagen mit einer Kapazität von rund 400 MW. Dafür wollen wir 670.000 Module installieren, auf einer Fläche von ungefähr 500 Fußballfeldern.

Bei den Solaranlagen wollen wir, wo dies möglich ist, auch Projekte kombiniert mit Stromspeichern errichten.

Ebenfalls geplant sind Demonstrationsvorhaben für schwimmende Solaranlagen und Agri-PV-Anlagen. Agri-PV – das heißt, Flächen gleichzeitig für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion und die Solar-Stromerzeugung nutzen.

Für den Zubau von Wind und Solar rechnen wir mit Investitionen von 1 bis 1,5 Milliarden Euro – die wir Abhängigkeit von Technologien und Standorten zusammen mit unseren Projektpartnern realisieren können.

Zweitens: Strom muss weiterhin rund um die Uhr und bei jedem Wetter verlässlich fließen. Der Zubau moderner Gaskraftwerke, die bei zu wenig Wind- und Sonnenstrom einspringen, ist daher eine Schlüsselaufgabe für eine erfolgreiche Energiewende. Darin sind sich die Experten mit der Bundes- und der Landesregierung einig.

Auch wir sehen das so. Bis 2030 wollen wir deshalb in NRW Gaskraftwerke mit mindestens 2 Gigawatt Kapazität errichten. Sie werden mit einem klaren Dekarbonisierungspfad versehen und sollen wasserstofffähig sein, also „H2-ready“.

Auf diese Weise sind sie vorbereitet, um schnellstmöglich grünes Gas wie Wasserstoff zu nutzen. Und zwar ab dem Zeitpunkt, zu dem dieser verlässlich und in ausreichender Menge zur Verfügung steht und die Gaskraftwerke klimaneutral Strom produzieren können.



Das Investitionsvolumen kann 1 bis 1,5 Milliarden Euro betragen.

Entstehen können sie vor allem an Braunkohlekraftwerksstandorten im Rheinischen Revier und an bestehenden Steinkohlestandorten in ganz NRW. Denn sie verfügen über hervorragende Voraussetzungen wie Stromnetzanbindung, Wasserversorgung und Gasanschlüsse.

Das ist eine echte Win-win-Situation. Für den Industriestandort durch moderne und verlässliche Backup-Kapazitäten. Und für die Regionen, die vom Kohleausstieg besonders betroffen sind - auch wenn Arbeitsplätze und Auftragsvergabe an Dienstleister nicht die heutigen Größenordnungen erreichen werden.

Voraussetzung dafür, sind natürlich die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen. Konkret braucht es ein Anreizsystem, damit sich die Investitionen in die Anlagen rechnen, die perspektivisch immer weniger Benutzungsstunden haben werden. So ist es auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung adressiert.

Zudem muss schnellstmöglich Klarheit geschaffen werden, wie ab Mitte der 30er Jahre der Wasserstoff zu diesen Standorten kommt. Konkret: Es braucht einen verlässlichen Ausbauplan für das landesweite Wasserstoffnetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der dritte Punkt, an dem wir mitgestalten wollen, ist der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Wasserstoff ist für die Dekarbonisierung der Industrie von herausragender Bedeutung, auch wenn er aktuell noch weit davon entfernt ist, fossile Energieträger zu ersetzen.



Sobald die Rahmenbedingungen passen, kann es zügig losgehen. Nordrhein-Westfalen hat mit einer hervorragenden industriellen Infrastruktur beste Voraussetzungen im Bereich der Wasserstoffwirtschaft eine wichtige Rolle einzunehmen.

Die Möglichkeit, sich direkt mit Versorgungsnetzen in den Niederlanden zu verbinden, sind ein weiterer wertvoller Standortvorteil. Denn unsere Nachbarn sind bei der Entwicklung eines Wasserstoffnetzes schon weiter als Deutschland. Allerdings gilt es jetzt, aufs Tempo zu drücken, damit der Anschluss nicht verloren geht.

RWE ist grenzüberschreitend sehr aktiv. Gemeinsam mit Shell arbeiten wir an wegweisenden Projekten wie NorthH2 in den Niederlanden und AquaVentus in Deutschland. In einem nächsten Schritt beabsichtigen wir, gemeinsam die künftige Entwicklung von Elektrolyseuren zu prüfen. Dabei sollen Standorte in Betracht gezogen werden, die über potenzielle Pipelinekapazitäten für Wasserstoff verfügen, aber derzeit nur schwer an das Stromnetz angeschlossen werden können. Und für industrielle Abnehmer wollen RWE und Shell außerdem neue grüne Wasserstofflösungen entwickeln, die sich unter anderem auf den Shell Energy & Chemicals Park Rheinland in NRW konzentrieren.

RWE engagiert sich mit weiteren Partnern aus NRW in Wasserstoffprojekten. Dazu gehört die die Entwicklung von Elektrolyseuren im industriellen Maßstab, wie wir sie im Rahmen unseres Projekts GETH2 im niedersächsischen Lingen planen. Dort wollen wir schon kurzfristig 300-Megawatt-Elektrolyseleistung bauen, eines der größten Vorhaben in Deutschland.

Mit den entsprechenden Leitungen kann von hier aus die Industrie im Ruhrgebiet versorgt werden – entsprechend sind weitere Unternehmen aus dem Ruhrgebiet beteiligt.



An Rhein und Ruhr können wir uns vorstellen, Elektrolyse-Kapazitäten zusammen mit Partnern von bis zu 700 Megawatt aufbauen, um grünen Wasserstoff zu produzieren. Das Investitionsvolumen hierfür läge bei rund 1 Milliarde Euro.

Mein sehr geehrten Damen und Herren,

mit den skizzierten Vorhaben bei Erneuerbaren Energien, Speichern, flexibler Kraftwerksleistung und Wasserstoff sichern wir qualifizierte Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Neben unseren Zukunftsthemen werden wir uns weiterhin in den Prozess des Strukturwandels im Rheinischen Revier aktiv einbringen.

Konkret und viertens heißt das, dass wir durch aktives Flächenmanagement die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie im Braunkohlenrevier unterstützen. Ziel ist die Konversion ausgewählter Betriebsflächen, die wir zusammen mit dem Land ermöglichen wollen.

Des Weiteren werden wir die enge Zusammenarbeit mit den Tagebauumfeld-Initiativen Indeland, Zweckverband Landfolge Garzweiler und Neuland Hambach fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

- 1.000 Megawatt Erneuerbare Energien,
- 2.000 Megawatt flexible und wasserstofffähige Backup-Kapazitäten,
- 700 Megawatt Elektrolysekapazität für grünen Wasserstoff.
- und die aktive Unterstützung der Region beim Strukturwandel.

Das ist unser Engagement, das wir zur Transformation des Energielandes NRW beisteuern werden.



Wir wollen mit hoher Geschwindigkeit loslegen und sind optimistisch, dass auf allen politischen Ebenen dazu jetzt die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen werden.

Ob in Brüssel, Berlin oder Düsseldorf – am Ende muss die Politik für passende Rahmenbedingungen sorgen. Nur dann lassen sich Projekte schnell umsetzen. Nur dann kann die Energiewende richtig Fahrt aufnehmen.

Konkret:

- Es braucht deutlich mehr Flächen für die Erneuerbaren Energien.
- Für neue Windkraftanlagen braucht es deutlich mehr Tempo und mehr Standardisierung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das gilt auch für das Repowering.
- Bei Gaskraftwerken bedarf es eines Vergütungssystems für das Vorhalten gesicherter Leistung, um den wirtschaftlichen Betrieb neuer Anlagen zu ermöglichen.
- Und für den späteren Betrieb mit grünen Brennstoffen wie Wasserstoff sind passende Rahmenbedingungen und Klarheit über den Ausbau des Wasserstoffnetzes zu schaffen.

Ein Bundesland wie NRW kann in besonderer Weise seinen Beitrag leisten. Beispielsweise durch eine verbindliche Implementierung des 2 %-Flächenziels für Erneuerbare Energie im Landesentwicklungsplan, auch für forstwirtschaftliche Nutzwälder. Die Landesebene kann helfen, zu schnelleren Verfahren zu kommen: Durch zentralisierte Genehmigungsbehörden, die eine einheitliche Auslegung der Richtlinien gewährleisten.

Hierzu wollen wir den Dialog mit dem NRW Wirtschaftsministerium fortführen.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das klingt nach viel Arbeit – aber es lohnt sich.

Da sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Ziel völlig einig sind: „Klimaneutralität bis 2045“ und den Erhalt unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit, bin ich zuversichtlich, dass es gemeinsam gelingen kann, vom Wollen ins Umsetzen zu kommen.

#### *Zukunftsbezogene Aussagen*

*Diese Rede enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese Aussagen spiegeln die gegenwärtigen Auffassungen, Erwartungen und Annahmen des Managements wider und basieren auf Informationen, die dem Management zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen enthalten keine Gewähr für den Eintritt zukünftiger Ergebnisse und Entwicklungen und sind mit bekannten und unbekanntem Risiken und Unsicherheiten verbunden. Die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse und Entwicklungen können aufgrund verschiedener Faktoren wesentlich von den hier geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Zu diesen Faktoren gehören insbesondere Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation. Darüber hinaus können die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und Wechselkursschwankungen sowie nationale und internationale Gesetzesänderungen, insbesondere in Bezug auf steuerliche Regelungen, sowie andere Faktoren einen Einfluss auf die zukünftigen Ergebnisse und Entwicklungen der Gesellschaft haben. Weder die Gesellschaft noch ein mit ihr verbundenes Unternehmen übernimmt eine Verpflichtung, die in dieser Rede enthaltenen Aussagen zu aktualisieren.*